

Budapester Aufruf für Klimagerechtigkeit

Armut, Reichtum und Ökologie thematisieren

Budapest, 12. November 2010

Auszug

Wir, Delegierte von Kirchen aus 32 europäischen Ländern und Teilnehmende von Kirchen in aller Welt, trafen uns in Budapest vom 8. bis 12. November 2010 zur Konsultation „Armut, Reichtum und Ökologie in Europa“. Die Konsultation war Teil eines breiten ökumenischen Prozesses, der von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre im Jahr 2006 initiiert worden war.

[...]

Budapester Aufruf für Klimagerechtigkeit

I. Die Große Herausforderung verlangt den Großen Wandel („Great Transition“)

Die Welt steht vor akuten Herausforderungen. Die globalen Auswirkungen des Klimawandels sind die größte Bedrohung der Zukunft unseres Planeten. Die Gleichzeitigkeit von Klimawandel, Grenzen fossiler Brennstoffe, Klimaflüchtlingen, Nahrungskrise, Wasserkrise, Energiekrise, Biodiversitätskrise und der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009, die die Schuldenkrise für Personen und Staaten vertieft, könnte ein Indikator dafür sein, dass das gesamte in Industrieländern vorherrschende System von Produktion, Konsum, Gewinnmaximierung, Armut und Umweltzerstörung in eine tiefe und offene Transformationskrise gerät. Die Gleichzeitigkeit dieser Krisen verlangt unverzügliches Handeln.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind umfassende und radikale Veränderungen erforderlich. Diese Veränderungen müssen vor Ort, regional, national und weltweit erfolgen. Klimagerechtigkeit muss das Leitprinzip dieser Veränderungen sein. Klimagerechtigkeit muss hergestellt werden zwischen Menschen, Ländern und Generationen, aber auch zwischen Menschen und aller Kreatur und der gesamten Erde. Klimagerechtigkeit verlangt nach sozialer Gerechtigkeit. Klimagerechtigkeit schließt die Verwirklichung des Rechtes auf Entwicklung ein, vor allem in schwächeren Volkswirtschaften. Klimagerechtigkeit verlangt die Entwicklung erneuerbarer Energien und einer „Ökonomie des Genug“, die getragen wird von einer Ethik der Selbstbeschränkung. Klimagerechtigkeit ist eine Bedingung für die Überwindung von Armut und die Überwindung von Armut ist eine Bedingung für Klimagerechtigkeit. Klimagerechtigkeit erfordert das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft und die Einbettung von Marktwirtschaften in soziale und kulturelle Kontexte (bei einer Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft). Deshalb sind ganzheitliche Antworten auf die Herausforderungen nötig – von jeder Person, von der Wirtschaft, von Staaten und international. Die Zeit für fragmentierte und technokratische Lösungen ist vorüber. Wir brauchen den Großen Wandel.

Deshalb rufen die Delegierten der Budapester Konsultation „Armut, Reichtum und Ökologie in Europa“ die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und ihre Organe und Mitgliedskirchen dazu auf, bei europäischen Regierungen und Parlamenten innerhalb und außerhalb der EU und bei EU-Institutionen die folgenden dringenden Anliegen vorzutragen:

- Klimagerechtigkeit und damit sowohl soziale wie ökologische Werte sollen zentrale Zielvorstellungen der Politik sein. In Industrieländern soll Wirtschaftswachstum nicht länger als Ziel an sich verstanden werden.
- Die europäischen Länder und die EU sollen in Entwicklungsländern grünes Wachstum politisch und finanziell fördern, um die Entwicklung erneuerbarer Energien zu ermöglichen.
- Steuersysteme müssen so reformiert werden, dass sie gerechte, partizipatorische und nachhaltige Gesellschaften und Gemeinden unterstützen und weltweit Gerechtigkeit fördern.
- Eine Finanztransaktionssteuer muss eingeführt werden – falls nötig, zunächst unilateral in der EU.
- Preise von Waren und Dienstleistungen sollen die wirklichen sozialen und ökologischen Kosten und Nutzen zeigen.
- „Grüne Investitionsbanken“, die grüne Investitionen finanzieren, sollen gefördert werden.
- Kohle- und Kernkraftwerke sollen durch erneuerbare Energien sobald möglich ersetzt werden, hierbei sollten reichere europäische Länder ärmeren helfen.
- Eine Umverteilung von Reichtum und Einkommen als ein Schlüsselement ökologisch nachhaltiger Gesellschaften ist erforderlich.
- Eine Umverteilung von Reichtum und das Teilen von Technologien zwischen reichen Ländern und armen Ländern, die vom Klimawandel betroffen sind, sind wichtige Bausteine von Klimagerechtigkeit. Sie müssen die weitere Unterstützung für Maßnahmen zur Beschränkung des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Folgen begleiten.
- Die EU sollte sich zu ambitionierteren Reduktionszielen für Treibhausgasemissionen verpflichten, unabhängig von der Politik anderer großer Volkswirtschaften.
- Der Markt muss von der öffentlichen Sphäre und der wirklichen „Kern-Ökonomie“ – nämlich unserer Fähigkeit, Sorge zu tragen, zu lehren, zu lernen, mitzufühlen und in Solidarität zu leben – beeinflusst und begrenzt werden.
- Die Demokratie sollte so gestärkt werden, dass langfristige Perspektiven die politischen Entscheidungen prägen und Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, das Sagen haben. Volkswirtschaften auf der Grundlage erneuerbarer Energien entwickeln neue Beschäftigungsformen. Dies erfordert Bildungssysteme, die Menschen befähigen, in diesen Volkswirtschaften teilzunehmen und zu ihnen beizutragen.
- Menschen in Armut und sozialer Ausgrenzung unter Einschluss marginalisierter Migrantinnen und Migranten sollen an der Definition, Entwicklung und Umsetzung aller Maßnahmen beteiligt werden, die sie betreffen, getreu dem Motto „Nichts für uns ohne uns ist für uns.“

Der Große Wandel wird nicht einfach sein. Aber er ist möglich. Wir können erste Schritte gehen. Wir haben die Technologien, wir haben das Wissen, wir haben die erforderlichen Ressourcen. Wir brauchen nur den Willen, um zu tun, was wir tun sollten.

II. Gottes Verheißungen ermutigen uns, anzufangen

*Die Erde ist des HERRN und was darinnen ist,
der Erdboden und was darauf wohnt.*

(Psalm 24, 1)

Wenn wir uns mit Armut, Reichtum und Ökologie auseinandersetzen, sollten wir dies tun auf der Grundlage des Auftrages der Kirche in der Gesellschaft und zugleich im Einklang mit der Schöpfung [...].

Kirchen haben in ihren unterschiedlichen Kontexten gemeinsame aber differenzierte Verantwortungen. Sie brauchen das ökumenische Gespräch, um diese Verantwortungen zu definieren und um sich gegenseitig zu stärken, damit sie gemäß ihrer Verantwortung handeln.

Die Gemeinschaft innerhalb der weltweiten ökumenischen Bewegung hilft Kirchen, Zeichen der Hoffnung zu entdecken. Dies wurde bestätigt durch das viel versprechende Ergebnis des ersten Abschnittes des Dialoges der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Lateinamerikanischen Rates der Kirchen (CLAI) über Herausforderungen und Chancen der Globalisierung.

Die weltweite ökumenische Bewegung hilft Kirchen zu verstehen, in welchem Maße ihre Arbeit und ihr Zeugnis für Klimagerechtigkeit eine Angelegenheit des Glaubens ist.

Es gibt ermutigende Beispiele europäischer Kirchen, die bereits viele Anstrengungen unternehmen, um zu Klimagerechtigkeit beizutragen. Aber noch ist ein langer Weg zu gehen.

Deshalb rufen wir, die Delegierten für die Budapester Konsultation „Armut, Reichtum und Ökologie in Europa“, europäische Kirchen und europäische kirchliche und diakonische Organisationen dazu auf:

- bereit zu sein, unter Nutzung ihres Einflusses und ihrer Stellung deutlich Position zu beziehen und, falls erforderlich, Risiken einzugehen, wenn es zu Konflikten kommt bei der Befolgung von Gottes vorrangiger Option für die Armen.
- bei ihren Kontakten zu Regierungen und in ihren Beziehungen zu offiziellen Institutionen, Unternehmen und Kirchengliedern von der Erklärung des ÖRK zu ökologischer Gerechtigkeit und ökologischer Schuld Gebrauch zu machen.
- mit ihren strategischen und praktischen Handlungsansätzen die enge Beziehung zwischen dem Kampf gegen Armut und dem Kampf für Klimagerechtigkeit zu bestätigen.
- die Folgen ihrer Politiken und des Lebensstiles ihrer Mitglieder für das Klima und für gefährdete und arme Menschen zu bedenken.
- zu den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen des Ökumenischen Rates der Kirchen beizutragen, so dass er eine führende Rolle im weltweiten Kampf für Klimagerechtigkeit einnehmen kann. Diese muss in enger Zusammenarbeit und Koordination des ÖRK mit regionalen ökumenischen Organisationen – in Europa mit der KEK – entwickelt werden [...].
- entschieden den Aufruf der Generalversammlung der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WCRC) in Grands Rapids 2010 zu unterstützen, „in Zusammenarbeit mit dem ÖRK und anderen ökumenischen Gliederungen, Netzwerken und Organisationen eine globale ökumenische Konferenz vorzubereiten, die ein Rahmenwerk und Kriterien für eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur vorschlagen soll, die gegründet ist auf den Grundsätzen von wirtschaftlicher, sozialer und Klimagerechtigkeit.“

- Pioniere und Beispiele zu sein auf dem Weg zu Genügsamkeit, indem sie praktische Programme zur Reduzierung von CO₂-Emissionen wie zum Beispiel Umweltzertifikate für Kirchengemeinden auflegen, Kenntnisse und Solidarität stärken, Beispiele für alternative Werte und ihre Befolgung als Alternativen zum Konsumdenken geben und sich um ein Leben im Einklang mit dem „Prinzip des Genug“ bemühen.

Schließlich rufen die Delegierten für die Budapester Konsultation „Armut, Reichtum und Ökologie in Europa“ den Ökumenischen Rat der Kirchen auf:

- Der Ökumenische Rat der Kirchen soll Klimagerechtigkeit und die Überwindung von Armut so wie die Beziehung beider mit Priorität auf die Tagesordnung seiner 10. Vollversammlung in Südkorea im Jahre 2013 setzen.

*Es gibt gewiß auch einen dummen, feigen Optimismus,
der verpönt werden muß.*

*Aber den Optimismus als Willen zur Zukunft
soll niemand verächtlich machen, auch wenn er hundertmal irrt.*

*(Dietrich Bonhoeffer, Nach zehn Jahren, 1942
[in: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, 1994])*

*Denn ich, ich kenne meine Pläne, die ich für euch habe - Spruch des Herrn -,
Pläne des Heils und nicht des Unheils;
denn ich will euch eine Zukunft und eine Hoffnung geben.
(Jeremia 29,11 [Einheitsübersetzung])*

Nicht-autorisierte Übersetzung:

Klaus Heidel, Werkstatt Ökonomie e.V.
Heidelberg, 15. November 2010